

Prof. Dr. Bernd Jöstingmeier

Initiative Meinungsfreiheit

www.Deutschland-Meinungsfreiheit.de

Denkanstoß zur Diskussion



## Erlaubte Meinung: Der koordinierte Angriff der EU-Kommission auf die Pressefreiheit



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Ur t. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Ur t. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Ur t. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

**Wie die Europäische Kommission unter dem Banner „Demokratie“ ein Geflecht aus staatlich (mit)finanzierten Medien, Faktencheckern, einem „Zentrum für demokratische Resilienz“, Algorithmus-Vorgaben und Plattformregeln knüpft – und warum Kritiker darin eine Gefahr für die Pressefreiheit sehen**

*Eine kritische Bestandsaufnahme. Stand: Juni 2026.*

## 1. Einleitung: Ein bewölkerter Nachmittag in Marburg, 1984

Ich wurde im Jahr 1963 geboren und bin jetzt 63 Jahre alt. In der gymnasialen Oberstufe haben wir im Jahr 1982 auch das Buch „1984“ von George Orwell ausführlich behandelt. 1984 begann mein Studium an der Philipps-Universität Marburg. Während ich an einem bewölkerter Nachmittag durch die Innenstadt der altehrwürdigen Universitätsstadt ging, dachte ich intensiv darüber nach, ob sich die schreckliche Zukunftsvision des Buches „1984“ irgendwie verwirklicht hatte. Ich ging im Geist verschiedene Aspekte durch und konnte keine einzige Parallele zwischen der damaligen Realität und der Zukunftsvision des Romans finden – keine einzige.

Dann dachte ich ein wenig erleichtert und ein wenig ironisch erheitert, dass George Orwell, der weltberühmte Autor, sich mit seinem sensationellen Roman „1984“ vollkommen geirrt hatte. Wie konnte das sein? Er war hochgeehrt und sein Buch wirkte so realistisch. Vielleicht hatte er sich einfach nur in der Jahreszahl geirrt. Doch sogleich schob ich diesen Gedanken wieder von mir und dachte einfach, dass er sich auch inhaltlich völlig geirrt hatte.

Eine kleine Nachforschung ergab, dass Orwell sich in seinem Roman insbesondere auf die Schreckensherrschaft von Stalin in der Sowjetunion bezogen hatte. Der Roman „1984“ war daher aus meiner damaligen Sicht eher ein historischer Roman, keine Zukunftsvision. Damit hatte ich das Thema gedanklich ab.

In den vergangenen Wochen und Monaten habe ich mich erneut umgeschaut und mir dieselbe Frage gestellt, ob ich Parallelen zwischen der derzeitigen Situation und dem Roman „1984“ erkennen kann. Das Ergebnis war erschreckend. Mir laufen Schauer über den Rücken, wenn ich daran denke, wie die Meinungsfreiheit in den letzten Jahren immer weiter eingeschränkt wurde.

**In der Corona-Zeit wurden Millionen legaler Meinungen im Internet gelöscht.** Mark Zuckerberg beschrieb in einem Brief an den Justizausschuss des US-Repräsentantenhauses den wiederholten, massiven Druck der Biden-Regierung, bestimmte Corona-Inhalte auf Facebook zu zensieren – und sein Bedauern, dem nachgegeben zu haben (Quelle: <https://www.americanrhetoric.com/speeches/PDFFiles/Mark-Zuckerberg-Letter-on-Govt-Censorship.pdf> ). Auch in Deutschland gab es Treffen zwischen der Bundesregierung und Vertretern sozialer Plattformen, bei denen kein Protokoll geführt wurde, wie Wolfgang Kubicki feststellte.

Politiker und Behörden bewarben die Corona-Impfung mit dem Slogan „safe and effective“ („sicher und wirksam“). Diese Botschaft war jedoch zu pauschal und erzeugte eine trügerische Sicherheit: Die Impfstoffe schützten deutlich schlechter vor Ansteckung und Weitergabe des Virus als zunächst unterstellt – und diese Wirkung ließ mit neuen Virusvarianten rasch nach. Zugleich traten in angeblich „sehr seltenen

Fällen“ schwere Nebenwirkungen bis hin zu Todesfällen auf, die anfangs heruntergespielt wurden.

War die Impfung wirksam? Zunächst hieß es, sie schütze vor einer Ansteckung mit dem Corona-Virus. Das stimmte jedoch nicht. Dann sollte sich jeder ein zweites Mal impfen lassen. Eine „Herdenimmunität“ gegen SARS-CoV-2, wie sie Regierungsvertreter in Aussicht stellten, erwies sich als unrealistisch. Als die nachlassende Schutzwirkung bekannt wurde, sollten sich die Bürger mehrfach impfen lassen. Beschönigend wurde im Orwell'schen Neusprech von „Booster-Impfungen“ gesprochen.

Dann wurden Mitarbeiter in vielen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Pflegeheimen verpflichtet, sich impfen zu lassen, um die Patienten zu schützen. Doch das war ebenfalls wieder eine Lüge. **In Wirklichkeit war der „Fremdschutz“ der Impfungen von den Herstellern der Impfstoffe niemals getestet worden. Das wurde der Bevölkerung verschwiegen.** „Schützen Sie sich **und andere** durch eine Impfung!“ log der Gesundheitsminister damals werbewirksam. Die gegenteilige Wahrheit wurde im Internet millionenfach gelöscht.

**Mit dem Spruch „Follow the science!“ (Folge der Wissenschaft!) wurde der Eindruck einer einzigen, wahren Wissenschaftsmeinung erweckt und verschwiegen, dass tausende Ärzte gegen die angeordneten Maßnahmen der Regierung waren** (Quellen unter anderem:

<https://gbdeclaration.org/> ;

<https://individuelle-impfentscheidung.de/standpunkt/profisgegenimpfpflicht.html> ;

<https://individuelle-impfentscheidung.de/2ggehtgarnicht-1.html> ;

<https://www.welt.de/vermischtes/article236211428/Stiko-Chef-Mertens-lehnt-allgemeine-Corona-Impfpflicht-ab.html> ;

<https://www.welt.de/wissenschaft/article239425449/Corona-Aerzte-warnen-wegen-psychischer-Folgen-vor-Schulschliessungen.html> ;

<https://aerzte-fuer-aufklaerung.de/einladung-zur-pressekonzferenz-am-18-03-2021/> ).

Es gibt keine Einheitsmeinung der Wissenschaft, sondern vielfältige sich widersprechende Überzeugungen, aus denen sich hoffentlich im Laufe der Jahrzehnte eine richtige Überzeugung herauskristallisiert. Mein Doktorvater sagte während meines Studiums mehrfach: „Fünf Professoren haben zehn Meinungen!“

Die Behauptung „Follow the science!“ zur Durchsetzung radikaler Maßnahmen war also völliger Unsinn. Aufgrund erfundener Modellrechnungen wurden Grundrechte mit Füßen getreten. Ohne ausreichend belegten Nutzen wurden Kindergärten und Schulen geschlossen. Mancherorts durfte man sich nicht auf Parkbänke setzen, Spielplätze wurden gesperrt, Ausgangsbeschränkungen wurden verhängt. Die Bevölkerung wurde zu bestimmten Uhrzeiten zu Hause eingeschlossen.

Die millionenfache Kritik im Internet wurde gelöscht. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, verweigerte die Herausgabe von SMS-Nachrichten mit dem Pfizer-Chef Albert Bourla zu den milliardenteuren Impfstoff-Verhandlungen. Das Gericht der Europäischen Union erklärte diese Verweigerung am 14. Mai 2025 für rechtswidrig; die Kommission habe nicht plausibel erklärt, warum sie die Nachrichten nicht besitze und ob sie gelöscht wurden (sogenannte „Pfizergate“-Affäre). (Quelle: <https://curia.europa.eu/site/upload/docs/application/pdf/2025-05/cp250060en.pdf>)

In den Seniorenheimen durften die Alten oft nicht besucht werden; viele starben alleine ohne die Begleitung ihrer Angehörigen.

Die Kritik in der Bevölkerung wuchs, und die Löschungen kritischer Beiträge im Internet nahmen zu.

Die Bevölkerung wurde zum Maskentragen gezwungen, obwohl es gar keine Infektionsschutzmasken gab, wie kürzlich in der Enquete-Kommission Corona des Deutschen Bundestags festgestellt wurde. Laut Protokoll der 12. Sitzung sagte der frühere Gesundheitsminister Jens Spahn: Es sei ein eigener Maßstab „CPI“ entwickelt worden, „weil es Infektionsschutzmasken als solche eigentlich gar nicht gibt. Es sind Arbeitsschutzmasken, die auch nach Arbeitsschutzfragen dann im Grunde zugelassen waren. Insofern gab und gibt es eigentlich für das, wofür sie eigentlich eingesetzt wurde, keine wirklichen Zulassungsverfahren.“

(Seite 41 im Wortprotokoll der Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“ des Deutschen Bundestags: [https://www.bundestag.de/resource/blob/1146218/2025-12-15\\_12-Sitzung.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/1146218/2025-12-15_12-Sitzung.pdf)). Milliarden Steuergeld wurden für Milliarden Masken zum Fenster herausgeworfen, von denen ein erheblicher Teil mangelhaft war, nie verteilt wurde und später vernichtet werden musste. **Der Bundesrechnungshof bezifferte die Beschaffung auf 5,8 Milliarden Masken für 5,9 Milliarden Euro; nur 1,7 Milliarden Masken wurden im Inland verteilt** (Quelle: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1133702> ). **Eine unglaubliche Verschwendung von Steuergeld!**

Paragraf 188 StGB wurde verschärft. Er soll Politiker vor zu massiver Kritik schützen – und dies im Gegensatz zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das festgestellt hatte, dass Politiker mehr Kritik aushalten müssen als der normale Bürger. Die Unterdrückung der Bevölkerung nahm zu. Es kam zu Hausdurchsuchungen, wenn normale Bürger im Internet Satire-Bilder und Beleidigungen über Politiker veröffentlichten, die früher von Helmut Kohl oder Helmut Schmidt mit stoischer Gelassenheit akzeptiert wurden.

Zwischen September 2021 und August 2024 stellte Wirtschaftsminister Robert Habeck Berichten zufolge 805 Strafanzeigen wegen Ehrverletzungen,

Außenministerin Annalena Baerbock 513 Anzeigen – teils für Beschimpfungen, die früher als üblich im politischen Schlagabtausch galten. Die FDP-Politikerin Strack-Zimmermann meldete monatlich rund 250 Fälle an die Behörden. Die Zahl der Anzeigen nach § 188 StGB stieg von 2022 bis 2024 stark an. Mehrere Staatsanwaltschaften haben Sonderdezernate für „Hasskriminalität“ eingerichtet. Die Justiz befasst sich vermehrt mit Beleidigungen wie „Schwachkopf“, „dümmste/r ... der Welt“ oder „Kriegstreiber“ – Äußerungen, die früher allenfalls als Privatklagedelikte galten und heute zu Hausdurchsuchungen und Strafbefehlen führen können (Quelle: <https://verfassungsblog.de/ehre-wem-kritik-gebuhrt/#:~:text=Taten%20beobachten%2C%20die%20allenfalls%20dem,Strafanzeigen%20wegen%20Ehrdelikten%3B%20die%20FDP>). Wo sind wir hingekommen?

Heute gibt es „Aktionstage zur Bekämpfung von strafbaren Hasspostings“ mit Hausdurchsuchungen bei Bürgern, die fröhlich von Staatsanwälten bekannt gegeben werden (Quelle unter anderem: Policing the internet in Germany, where hate speech, insults are a crime | 60 Minutes, <https://www.youtube.com/watch?v=-bMzFDpfDwc&t=31s> ), um die Bevölkerung einzuschüchtern und klarzumachen, dass man nicht mehr alles sagen darf.

In der Enquete-Kommission Corona des Deutschen Bundestags wurde es verboten, Abbildungen und Grafiken zu zeigen (Quelle unter anderem: <https://www.berliner-zeitung.de/article/stefan-homburg-corona-enquete-grafiken-unerwuenscht-echte-aufarbeitung-10017134> ). Keinesfalls soll der Bevölkerung gezeigt werden, wie schlimm die Fehler der Regierung in Wirklichkeit waren. In **nicht-öffentlichen Sitzungen** werden Anträge der AfD ohne Diskussion abgelehnt. Die Bevölkerung soll nichts davon erfahren.

Das für die Impfstoffsicherheitsüberprüfung zuständige **Paul-Ehrlich-Institut** hat vorsichtshalber behauptet, dass in der zuständigen Abteilung „SBD – Sicherheit von biomedizinischen Arzneimitteln und Diagnostika“ der Behörde – die juristisch zu einer nachvollziehbaren Amtsführung mit Protokollen verpflichtet ist – jahrelang angeblich keine Protokolle geschrieben wurden: **Für den Zeitraum seit 2019 bis 10. Mai 2023 gibt es keine schriftlichen Protokolle!**

Die im Anhang übermittelten amtlichen Unterlagen umfassen die Protokolle für den Zeitraum vom 11.05.2023 bis zum 20.11.2025. Für den Zeitraum ab 2019 bis zum 10.05.2023 liegen dem Paul-Ehrlich-Institut keine schriftlichen Protokolle vor. Auf die Erstellung schriftlicher Protokolle wurde innerhalb dieses Zeitraums verzichtet, u. a. da aufgrund der außergewöhnlich hohen Arbeitsbelastung während der Pandemie die Ressourcen vorrangig auf die Erledigung der Amtsaufgaben konzentriert wurden und die fakultative Dokumentation der Sitzungen daher zurückgestellt wurde.

**Ein schlechter Witz!  
3 Jahre keine Protokolle in der für  
Impfstoffsicherheit zuständigen Behörde!**

Quelle: [https://media.frag-den-staat.de/files/foi/1077090/ifg7925-barucker-bescheid-fgl-protokolle-1-bis-19\\_geschwaerzt.pdf](https://media.frag-den-staat.de/files/foi/1077090/ifg7925-barucker-bescheid-fgl-protokolle-1-bis-19_geschwaerzt.pdf)



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Ur t. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Ur t. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Ur t. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Die Bevölkerung soll die Wahrheit nicht erfahren.

Gesetzlich vorgeschriebene Auswertungen von Krankenversicherungsdaten sowie die vom Paul-Ehrlich-Institut angekündigten Auswertungen der SafeVac-2.0-App

werden der Bevölkerung seit Jahren verschwiegen – auch auf vielfältige Forderungen von Juristen werden die Rohdaten der Bevölkerung und unabhängigen Wissenschaftlern nicht zur Verfügung gestellt (Quelle: <https://multipolar-magazin.de/artikel/safevac-daten-geheim> ).

**Manche Ärzte**, die entsprechend ihrer ärztlichen Überzeugung reihenweise Patienten mit Attesten von Impf- und Maskenpflichten befreiten, wurden **zu jahrelangen Haftstrafen und/oder mehrjährigen Berufsverboten verurteilt**. Nach offizieller Lesart handelte es sich um das Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse (§ 278 StGB), was teils zusätzlich als Betrug oder Verstoß gegen das Infektionsschutzgesetz gewertet wurde.

Angesehene Wissenschaftler, die Regierungsentscheidungen kritisierten, wurden von selbst ernannten „Faktencheckern“ teils als „Verschwörungstheoretiker“ verleumdet. Das beschädigte ihren Ruf – mit der Folge, dass andere Wissenschaftler vorsichtiger wurden und ihre Meinung lieber für sich behielten. Die Dystopie war geboren. **Die Meinungsfreiheit ging massiv zurück: immer mehr Bürger sagen, dass sie sich nicht mehr trauen, ihre Meinung zu sagen** (Quelle: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/meinungsfreiheit-zensur-studie-freiheitsindex-deutschland-2023> ).

**Mehr als 10.000 Menschen, darunter 147 Professoren und 656 Doktoren, haben bereits die „Berliner Erklärung“ des „Bündnis Redefreiheit“ unterzeichnet, und setzen sich damit für die Redefreiheit, Pressefreiheit, akademische Freiheit, künstlerische Freiheit sowie die Glaubens- und Gewissensfreiheit ein** (Quelle: <https://www.buendnisredefreiheit.ch/> ). **Selbstverständlich findet man darüber fast nichts im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.**

Wissenschaftler kommen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nach dem Eindruck vieler Kritiker insbesondere dann zu Wort, wenn sie eher regierungsnahen Positionen vertreten, wie beispielsweise Prof. Christian Drosten während der Corona-Pandemie.

**Die Wirtschaft wurde massiv beschädigt.** Zeitweise geschlossen oder im Publikumsbetrieb untersagt waren unter anderem Hotels, Restaurants, Theater, Konzerthäuser, weite Teile des Einzelhandels, Bars, Clubs, Kinos, Museen, Messen, Freizeit- und Tierparks, Fitnessstudios, Sportanlagen, Schwimmbäder, Saunen, Kosmetik- und Massagestudios, später auch Friseure, Musikschulen, Volkshochschulen sowie religiöse Zusammenkünfte. Die Schließungen von Kindergärten und Schulen sorgten dafür, dass viele Eltern ihrer Arbeitspflicht nicht nachkommen konnten, weil sie ihre Kinder zu Hause betreuen mussten. **Schweden ging einen deutlich weniger restriktiven Weg** und entwickelte sich nach der Corona-Pandemie wirtschaftlich im Vergleich zu Deutschland besser – **2024 wuchs Schwedens reales Bruttoinlandsprodukt, während Deutschlands**

**Bruttoinlandsprodukt schrumpfte.** Deutschland hat der eigenen Wirtschaft massiv geschadet.

Heute stehen die deutschen Sozialsysteme – vor allem Pflege- und Rentenversicherung – finanziell unter Druck: Der Bevölkerung werden Leistungskürzungen und Beitragserhöhungen in Aussicht gestellt, während zugleich **staatlich (mit)finanzierte Organisationen Millionenbeträge zur Beeinflussung der öffentlichen Meinungsbildung erhalten.**

In vielen Medien wird nicht etwa die **Bevölkerung** als „Zivilgesellschaft“ bezeichnet, sondern – im Sinne von Orwells Neusprech – **staatlich teilfinanzierte Organisationen wie HateAid, RESpect!, Amadeu Antonio Stiftung, Correctiv.** Auf Nachfrage antwortete die **Bundesregierung, dass sie nicht weiß, welche Letztempfänger die Millionen Steuergelder erhalten** – der administrative Aufwand sei dafür zu groß (Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/049/2104919.pdf> ).

Manche Politiker wollen die größte Oppositionspartei in Deutschland verbieten lassen. Weil das Bundesverfassungsgericht dies jedoch nicht zulassen würde, versucht man, diese Partei hinter einer „Brandmauer“ zu verstecken. Diese Partei wird in vielen regierungskonformen Medien beschrieben wie Lord Voldemort in „Harry Potter“: das pure Böse. **Millionen von Wählern werden missachtet.** Rechtmäßig gewählte Politiker der AfD werden als Nazis beschimpft, obwohl ihre **Partei nicht verboten ist und im Bundestag mehr als 10 Millionen Wähler vertritt.** Mit diesen **Abgeordneten will die Bundesregierung nicht reden, obwohl „Parlament“ von „parler“, miteinander reden, kommt.** Das ist der Niedergang der Demokratie.

**Nun hat sich die Europäische Kommission die Pressefreiheit vorgenommen. Anscheinend gefällt ihr nicht, was die Bürger im Internet lesen, sehen und hören.**

**Deshalb soll demnächst intensiv gesteuert werden, was die Bürger in den sozialen Netzwerken und auf den großen Internet-Plattformen zu Gesicht bekommen.** Es ist atemberaubend, wie die Parallelen zwischen „1984“ und unserer aktuellen gesellschaftlichen Situation nun größer und größer werden – Schritt für Schritt.

Mit fliegenden Fahnen segeln wir auf eine gesellschaftliche Katastrophe zu. Zum Schutz der Demokratie soll die Demokratie vernichtet werden. Bestimmte Parteien sollen nicht gewählt werden. Zu diesem Zweck soll die Pressefreiheit ausgehöhlt werden. Das Horrorszenario des Romans „1984“ geht Stück für Stück in die Verwirklichung über. Meine Meinung über George Orwell hat sich grundlegend verändert. Er war ein Genie.

---

**In aller Kürze:** Am 12. November 2025 hat die EU-Kommission das „European Democracy Shield“ vorgelegt – eine Strategie mit einer Reihe von Maßnahmen. Vieles davon ist (noch) rechtlich unverbindlich, manches läuft bereits. Die Befürworter sprechen vom Schutz der Demokratie vor Desinformation und

ausländischer Einflussnahme. Kritiker sehen das Gegenteil: einen Apparat, der definiert, welche Informationen „vertrauenswürdig“ sind, der regierungsfreundliche Medien mit Steuergeldern stützt und regierungskritische Stimmen aus den Empfehlungsalgorithmen und vom Werbemarkt verdrängen könnte.

## 2. Vorspiel zu einer neuen staatlichen und überstaatlichen Informationskontrolle und Pressekontrolle

In der Europäischen Union ist ein engmaschiges Geflecht aus dem Digital Services Act, dem System der Trusted Flaggers (Internet-Spitzel), dem European Media Freedom Act, einer Sonderkommission des Europäischen Parlaments zum European Democracy Shield und – laut der am 12. November 2025 vorgestellten Demokratie-Schutzstrategie – zusätzlichen Krisenprotokollen, Influencer-Netzwerken und einem European Centre for Democratic Resilience entstanden oder angekündigt worden.

Selbst wenn einzelne Elemente freiwillig bleiben sollen, ändert das nichts an der politischen Stoßrichtung: Die Europäische Kommission will nicht nur Regeln setzen, sondern das gesamte Informationssystem der sozialen Netzwerke im Internet steuern und kontrollieren (lassen). Es ist der Übergang zu einer Ordnung, in der staatlich beauftragte Instanzen Medien gleichzeitig finanzieren, zertifizieren, regulieren, priorisieren und sanktionieren. Das absehbare Ergebnis kann nicht mehr als „Pressefreiheit“ bezeichnet werden.

Am **12. November 2025** veröffentlichten die EU-Kommission und der Hohe Vertreter eine gemeinsame Mitteilung mit dem Titel „*European Democracy Shield: Empowering Strong and Resilient Democracies*“ (Dokument **JOIN(2025) 791 final**). Es handelt sich um ein Strategiepapier mit **vielen Aktionspunkten** in drei Bereichen: Integrität des Informationsraums, Medien und Wahlen sowie gesellschaftliche Resilienz und Bürgerbeteiligung. Die Maßnahmen sollen bis 2027 umgesetzt werden.

- Das amtliche Dokumentenportal:  
[https://commission.europa.eu/publications/european-democracy-shield-documents\\_en](https://commission.europa.eu/publications/european-democracy-shield-documents_en)
- Die Eintragung im „Legislative Train“ des Europäischen Parlaments mit allen Vorarbeiten: <https://www.europarl.europa.eu/legislative-train/package-european-democracy-action-plan/file-european-democracy-shield>
- Eine kompakte parlamentarische Übersicht (EPRS):  
<https://epthinktank.eu/2026/01/15/the-european-democracy-shield-an-overview/>

**Erstens:** Das European Democracy Shield ist in seinem Kern eine *Mitteilung*, also rechtlich unverbindlich. Das Beratungshaus Freshfields beschreibt es als „rechtlich nicht bindendes Strategiepapier“ (Analyse: <https://www.freshfields.com/en/our-thinking/blogs/technology-quotient/the-european-democracy-shield-commission-publishes-plan-to-empower-democracies-i-102luap>).

**Zweitens:** Diese Strategie ist eine Absichtserklärung. Sie kündigt an, *bestehende* Gesetze schärfer durchzusetzen (Digital Services Act, European Media Freedom Act, die Verordnung über politische Werbung) und *neue* Instrumente zu schaffen. Der Staat – national und supranational – erhält damit mehr Werkzeuge, um zu beeinflussen, welche Informationen die Bürger erreichen.

Die Europäische Kommission errichtet Baustein um Baustein eine Infrastruktur, deren Missbrauchspotenzial enorm ist – und deren Bausteine erstaunlich gut zu dem literarischen Albtraum „1984“ von George Orwell passen.



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

### 3. Das „Zentrum für demokratische Resilienz“ – Koordinationsstelle und Vorstufe einer Wahrheitsinstanz

Das Herzstück des European Democracy Shield ist das neue **European Centre for Democratic Resilience (ECDR)**. Am **24. Februar 2026** nahm es beim Treffen des Rates für Allgemeine Angelegenheiten offiziell seine Arbeit auf; alle 27 Mitgliedstaaten haben Interesse gezeigt; der Aufbau erfolgt auf freiwilliger Basis.

- Offizielle Ankündigung der Kommission:  
[https://enlargement.ec.europa.eu/news/new-european-centre-democratic-resilience-starts-its-work-2026-02-24\\_en](https://enlargement.ec.europa.eu/news/new-european-centre-democratic-resilience-starts-its-work-2026-02-24_en)

Es ist ein *freiwilliger* strategischer Knotenpunkt, in dem Mitgliedstaaten, EU-Institutionen und der Auswärtige Dienst (über das „Rapid Alert System“) Wissen über Desinformation und ausländische Einflussnahme (FIMI) bündeln. Es hat **keine** eigenen Verbots-, Lösch- oder Strafbefugnisse. Eine angeschlossene „Stakeholder-Plattform“ bindet „Zivilgesellschaft“, Forschung, Medien und ein neues „Faktenchecker-Netzwerk“ ein.

Das Zentrum kann (bisher) niemanden zensieren.

Das eigentlich Aufschlussreiche steht im Strategiepapier selbst. Dort heißt es, Demokratien stünden „unter Druck **von innen** und außen“.

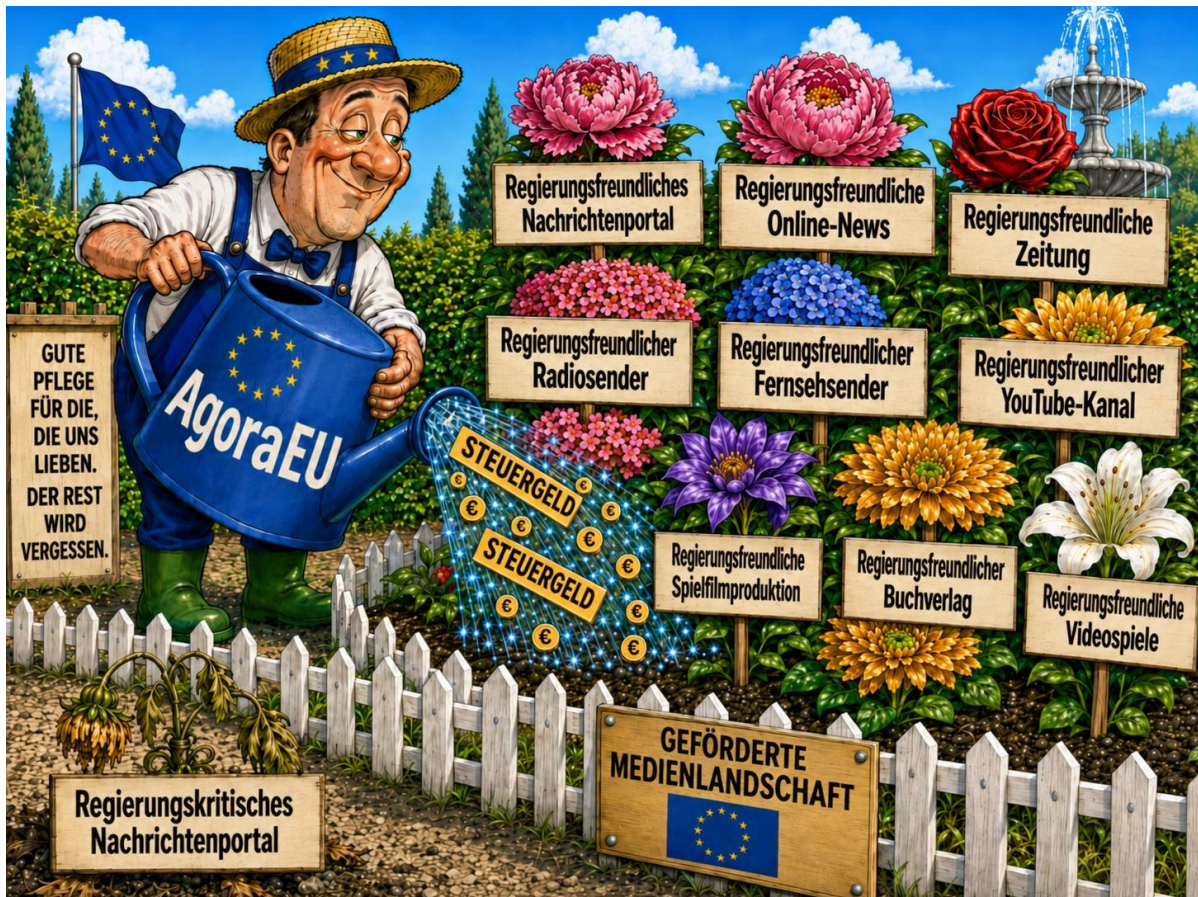
Der Auftrag richtet sich erklärtermaßen nicht nur gegen ausländische Informationsmanipulation und Einflussnahme, Desinformation und andere manipulative Eingriffe in den Informationsraum, sondern das wachsende Misstrauen der Bevölkerung wird als Herausforderung genannt.

Der Auftrag, Bedrohungen „zu antizipieren, aufzudecken und darauf zu reagieren“, richtet sich erklärtermaßen auch gegen „wachsendes Misstrauen der Öffentlichkeit gegenüber demokratischen Institutionen“ – damit gerät auch **Regierungskritik innerhalb** der EU in den Fokus. Misstrauen gegenüber Institutionen ist aber in einer Demokratie kein Defekt, sondern oft ihr Antrieb. Wer es als zu bekämpfende „Herausforderung“ einstuft, verschiebt eine gefährliche Grenze: Aus dem *Regierungskritiker als Kernbestandteil der Demokratie* droht der *Regierungskritiker als Risikofaktor* zu werden. Wer die Grenze zwischen „legitimer Kritik“ und „zu bekämpfender Desinformation“ zieht, das soll künftig im Auftrag der Europäischen Kommission entschieden werden.

---

#### 4. Steuergelder als Machtmittel zur staatlichen Beeinflussung der Medien: AgoraEU, mit Milliarden Steuergeld mitfinanzierte Medien und staatlich bezahlte Faktenchecker

Die staatliche Finanzierung von Medien macht sie gefügig und *abhängig*.



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urte. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urte. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urte. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

## AgoraEU

Im EU-Haushaltsentwurf für **2028–2034** schlägt die Kommission ein neues Förderprogramm namens **AgoraEU** vor (vorgestellt am 16. Juli 2025). Es verschmilzt die bisherigen Programme *Creative Europe* und *CERV* und hat einen Gesamtumfang von rund **8,6 Milliarden Euro**, aufgeteilt in drei Stränge; der Strang „**MEDIA+**“ soll erstmals ausdrücklich für „freien und unabhängigen **Journalismus und Nachrichtenmedien**“ **Geld geben**. Höchstwahrscheinlich werden nur regierungskonforme Journalisten und Nachrichtenmedien Steuergeld erhalten. Regierungskritiker werden meistens leer ausgehen.

- Verordnungsentwurf / „Legislative Train“:  
<https://www.europarl.europa.eu/legislative-train/spotlight-MFF%202028-2034/file-agoraeu>
- Ratsposition vom 12. Mai 2026:  
<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/05/12/agoraeu-council-agrees-partial-mandate-on-new-programme-to-support-culture-media-and-democratic-values/>

Zur Einordnung der Milliardenzahlen: Zwischen 2018 und 2024 förderte die EU Journalismusprojekte mit insgesamt rund **295 Millionen Euro** – AgoraEU bedeutet also eine massive Steigerung. **Das „Journalism Funders Forum“ geht von einer Journalismus-Finanzierung mit „3,2 Milliarden“ aus:** <https://journalismfundersforum.com/the-e3-2-billion-proposal-how-the-eu-plans-to-support-journalism/>).

**Frage: Was bedeutet es für die Unabhängigkeit der Vierten Gewalt, wenn ein wachsender Teil ihrer Finanzierung von genau der Regierung kommt, die sie eigentlich kontrollieren soll? Antwort: Die Vierte Gewalt wird abhängig.**

Hier liegt der wahre Sprengstoff. Eine Presse, die zu einem großen Teil von den Regierungen finanziert wird, prüft die Regierungen anders. **Die Finanzierung von Medien ähnelt einer Bestechung der Medien, weil regierungskritische Äußerungen durch den Entzug der milliardenschweren Finanzierung geahndet werden können.**

## **Bezahlte Faktenchecker**

Im April 2025 kündigte die Kommission **mehrere Millionen Euro** für ein **European Network of Fact-Checkers** an, das die Arbeit des *European Digital Media Observatory (EDMO)* und des *European Fact-Checking Standards Network (EFCSN)* ausweitet (Quelle: EFCSN-Stellungnahme: <https://efcsn.com/news/2025-11-12-efcsn-statement-on-the-european-democracy-shield-how-to-effectively-safeguard-european-information-spaces/>). Dieses Netzwerk soll dem „Resilienz-Zentrum“ zuarbeiten und ein Archiv von „Faktenprüfungen“ aufbauen.

Wer sich wissenschaftstheoretisch mit dem **Begriff „Wahrheit“** beschäftigt hat, der weiß, dass die **„Wahrheit“ von heute schon morgen widerlegt werden kann.** Diese wissenschaftstheoretische Erkenntnis bezeichnet man als **„Kritischen Rationalismus“**. Der Fortschritt der Wissenschaft entsteht aus einer Widerlegung alter, scheinbarer "Wahrheiten". So geschieht es seit hunderten von Jahren.

**Wenn Faktenchecker mit der Mehrheitsmeinung „prüfen, was wahr ist“ und das angeblich „Unwahre“ löschen lassen – dann ist das der Tod des wissenschaftlichen Fortschritts und der gesellschaftlichen Diskussion.** Die früheren „Bücherverbrennungen“ sollen nicht stattfinden. Nach dem Wunsch der Europäischen Kommission soll jedoch erreicht werden, dass die Bürger angebliche „Desinformationen“ im Internet durch Algorithmus-Manipulationen kaum noch zu Gesicht bekommen. **Es handelt sich um Meinungsunterdrückung in der Tradition des Mittelalters, in der abweichende Meinungen wie bspw. von Galileo Galilei (Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Galileo\\_Galilei](https://de.wikipedia.org/wiki/Galileo_Galilei) ) in der Frühen Neuzeit bedroht wurden und heute durch Löschungen oder Reduktionen der Reichweite bestraft werden sollen.**

„Faktenchecks“ strotzen häufig vor Arroganz und Anmaßung. Beispielsweise wird ein Faktencheck von einem Journalisten vorgenommen, der überhaupt keine Ahnung von medizinischen Zusammenhängen hat, aber die schriftlichen Aussagen eines Mediziners überprüfen soll. Wenn der Journalist dann feststellt, dass **zehn** Mediziner „A“ sagen und lediglich **ein** Mediziner „B“ schreibt, dann wird der Journalist feststellen, dass die Aussage „B“ eine „Desinformation“ sei, auch wenn sie in Wirklichkeit **richtig** ist. **Der wissenschaftliche Fortschritt beruht nicht auf dem demokratischen Mehrheitsprinzip. Einzelne Personen können Recht haben und die Mehrheit Unrecht. Albert Einstein hat dies eindrucksvoll bewiesen, indem er auch jahrhundertalte, mehrfach bestätigte wissenschaftliche Überzeugungen widerlegte.**



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

**„Faktenchecking“ durch Journalisten ist also staatlich mitfinanzierter vollkommener Unsinn.**

Seit Jahrhunderten werden gesellschaftlich vorherrschende Meinungen widerlegt und daraus entsteht gesellschaftlicher Fortschritt. Die „Faktenchecker“ verteidigen dagegen stets die vorherrschenden Meinungen und bekämpfen neue Erkenntnisse.

Hier wenige Beispiele aus hunderten später widerlegter Theorien, die zunächst für wahr gehalten wurden:

- **Miasma-Theorie:** Krankheiten wie Cholera, Pest oder Malaria entstünden durch „schlechte Luft“
- **Spontanzeugung:** Mikroorganismen könnten von selbst aus unbelebter Materie entstehen
- **Phrenologie:** Charakter und geistige Fähigkeiten ließen sich an Schädelformen ablesen
- **Hormonersatztherapie** schütze Frauen nach der Menopause vor Herzkrankheiten
- **Beta-Carotin-Präparate** schützen Raucher vor Lungenkrebs
- **Insulinschocktherapie** gegen Schizophrenie
- **Lobotomie** als moderne Therapie schwerer psychischer Erkrankungen
- **Thalidomid/Contergan** sei auch in der Schwangerschaft sicher

usw.

Das war alles falsch, wurde jedoch über lange Zeiten jeweils als „Wahrheit“ eingestuft.

Strittige Einschätzungen – bspw. zu Pandemie-Maßnahmen, zum Laborursprung eines Virus, zur Migrationspolitik oder zur Klimapolitik – sind legitime Kontroversen. Wenn staatlich (mit)finanzierte Prüfer das Etikett „Desinformation“ vergeben, das anschließend über Reichweite und Werbeeinnahmen entscheidet, dann bestimmen staatlich finanzierte Instanzen den öffentlichen Diskurs. Dies ist ein Sargnagel für die Demokratie.

---

## 5. Die Maschinerie der Sichtbarkeit: DSA, Trusted Flaggers, AVMD-Reform, Demonetarisierung

Der **Digital Services Act (DSA)** ist bereits geltendes Recht. Sein **Artikel 22** schafft die Figur des „Trusted Flagger“: Trusted Flagger sind staatlich anerkannte „vertrauenswürdige Hinweisgeber“. Entsprechend ihrer Aufgabe der Bespitzelung von Bürgeräußerungen können sie auch als staatlich anerkannte Internet-Spitzel bezeichnet werden. Es handelt sich um Organisationen, die von den nationalen Aufsichtsbehörden („Digital Services Coordinators“) zertifiziert werden und deren Meldungen von den Plattformen „vorrangig und ohne unangemessene Verzögerung“ bearbeitet werden müssen.

- Gesetzestext Art. 22 DSA: [https://www.eu-digital-services-act.com/Digital\\_Services\\_Act\\_Article\\_22.html](https://www.eu-digital-services-act.com/Digital_Services_Act_Article_22.html)



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urte. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urte. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urte. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Die Trusted Flagger sollen nach illegalen Meinungsäußerungen suchen. Wie sieht es aus mit legalen, aber angeblich „schädlichen“ Inhalten?

## Der DSA: Das „Risikomanagement“ für legale Inhalte

Der Digital Services Act wirkt nicht nur gegen illegale Inhalte. Seine eigentliche Brisanz liegt darin, dass auch legale Beiträge erfasst werden können, wenn sie als „systemisches Risiko“ gelten. (Quelle: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX%3A32022R2065> )

Der zentrale Mechanismus steckt in Artikel 34 und 35. Sie betreffen sehr große Online-Plattformen und Suchmaschinen mit mindestens 45 Millionen monatlich aktiven Nutzern in der EU. Diese Dienste müssen regelmäßig prüfen, ob ihre Systeme Risiken verstärken — etwa für Wahlen, öffentliche Debatten, Grundrechte, Gesundheit, Sicherheit, Minderjährige oder das körperliche und geistige Wohlbefinden.

Dabei geht es nicht nur um einzelne Beiträge. Entscheidend ist, wie Plattformen Inhalte verbreiten: durch Empfehlungsalgorithmen, Moderation, Werbung, AGB, Design, Datenpraktiken und Monetarisierung.

## Wie Reichweite gesteuert werden kann

Stellen Plattformen solche Risiken fest, müssen sie Gegenmaßnahmen ergreifen. Praktisch kann das bedeuten: Inhalte werden weniger empfohlen, markiert, herabgestuft, demonetarisiert oder schwerer teilbar gemacht. Auch Werbung, Jugendschutz, Moderationsregeln und Community-Standards können angepasst werden.

**Erwägungsgrund 88** des DSA nennt als mögliche Korrekturmaßnahmen sogar ausdrücklich die „**Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Informationen**“ und die **Verbesserung der Sichtbarkeit (angeblich) verlässlicher Informationsquellen**. (siehe: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX%3A32022R2065> )

„Verlässliche Informationsquellen“ sind erfahrungsgemäß meistens **regierungskonforme Informationsquellen**, die zur Verbreitung der Meinung der Regierung beitragen.

Damit schafft der DSA zugleich einen Rahmen, in dem die Sichtbarkeit legaler Meinungen begrenzt werden kann, wenn sie als riskant, irreführend, schädlich oder desinformierend bewertet werden.

## Die Rolle der AGB

Ein wichtiger Umweg sind die Plattformregeln. Inhalte können völlig legal sein und trotzdem gegen AGB verstoßen. Dann dürfen Plattformen sie entfernen, herabstufen, sperren oder demonetarisieren.

Zwar müssen sie solche Entscheidungen begründen und Beschwerdemöglichkeiten anbieten. Trotzdem bleibt viel Spielraum: Was als „Desinformation“, „nicht verlässlich“ oder „schädlich“ gilt, hängt oft von Bewertungen der Plattformen und ihrer Prüfsysteme ab. **Solche AGB-Verstöße können Inhalte betreffen, die legal sind, aber von der Plattform als „harmful“, „misleading“, „hate“, „misinformation“, „medical misinformation“, „civic integrity violation“ usw. eingestuft werden. Dies bietet die perfekte Möglichkeit für Willkür und Löschungen legaler Meinungen.**

## Desinformation, Kodizes und Kontrolle

Besonders wichtig ist der Bereich Desinformation. Der Code of Conduct on Disinformation wurde 2025 in den DSA-Koregulierungsrahmen integriert. Für

unterzeichnende große Plattformen kann er zum Maßstab dafür werden, ob sie ihre Pflichten erfüllen.

Hinzu kommen Audits, Transparenzberichte, Datenzugang für Regulierer und Forscher sowie **weitreichende Befugnisse der EU-Kommission**. Sie kann Informationen anfordern, Algorithmen prüfen, Verfahren eröffnen und **Bußgelder von bis zu 6 Prozent des weltweiten Jahresumsatzes verhängen**. In Deutschland ist der Koordinator für digitale Dienste bei der Bundesnetzagentur angesiedelt. (Quelle: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX%3A32022R2065> ; [https://www.dsc.bund.de/DE/Fachthemen/DSC/0\\_HOME/start.html](https://www.dsc.bund.de/DE/Fachthemen/DSC/0_HOME/start.html) )



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

## Das Kernproblem

Der DSA zwingt große Plattformen, „systemische Risiken“ zu bewerten und ihre Systeme entsprechend umzubauen. **Legale Inhalte können so an Reichweite verlieren, wenn sie als angebliches Risiko gelten.** Das kann zu Over-Removal führen

— also dazu, dass Plattformen im Zweifel lieber zu viel löschen oder beschränken als zu wenig. **Das schränkt die Meinungsfreiheit ein.**

## Fazit

Der DSA ist unter anderem ein umfassender Steuerungsmechanismus für digitale Reichweite. Seine zentrale Wirkung besteht darin, dass Plattformen Risiken erkennen, Algorithmen anpassen, Inhalte markieren, Reichweite begrenzen, Monetarisierung steuern und sich kontrollieren lassen müssen. (Quellen: <https://verfassungsblog.de/trusted-flagger-als-gefahr/> ; Experten warnen, Politiker räumen ein: Meinungsfreiheit gerät unter die Räder <https://www.beck-aktuell.de/heute-im-recht/rechtspolitik-gesetzgebung/tagung-konrad-adenauer-stiftung-meinungsfreiheit-experten-politiker-2025-11-10> ).

Die Sichtbarkeit von legalen Meinungen kann dadurch gezielt gesteuert werden.

In **Artikel 34 Absatz 1 Buchstabe c) DSA** geht es nicht nur um die Verbreitung rechtswidriger Inhalte über Dienste, sondern um vielfältige weitere **Inhalte, die nicht rechtswidrig sind**, zum Beispiel die folgenden „systemischen Risiken“: **„alle tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf die gesellschaftliche Debatte und auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit“**. (Quelle: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX%3A02022R2065-20221027>)

## Die AVMD-Reform: „Prominenz“ und die beeinflussten Influencer

Die **Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD/AVMSD)** regulierte einst das Fernsehen. Im Rahmen des European Democracy Shield wird sie überarbeitet; im November 2025 startete eine „Call for Evidence“, im Februar 2026 eine öffentliche Konsultation (Quelle: Pressemitteilung zur Konsultation (Februar 2026): <https://www.reedsmith.com/our-insights/blogs/viewpoints/102mi74/european-commission-launches-public-consultation-on-review-of-eu-audiovisual-medi/> ).

Erklärte Ziele laut Kommission:

- die **Sichtbarkeit und „Prominenz“ von Mediendiensten „von allgemeinem Interesse“ sichern**,
- ein „level playing field“ bei Werberegeln,
- der Schutz Minderjähriger auf Video-Plattformen,
- und rechtliche Klarheit darüber, wie die **AVMD-Richtlinie auf Influencer anzuwenden ist**.

Beabsichtigt ist die **privilegierte Auffindbarkeit und Sichtbarkeit bestimmter europäischer Medienangebote bzw. Mediendienste von (angeblich) „allgemeinem Interesse“** in digitalen Benutzeroberflächen, Katalogen und Plattformumgebungen.

Welche Angebote als Medienangebote von besonderem **allgemeinem Interesse** bzw. als Public-Value-Angebote **gelten**, wird nicht unmittelbar von der EU-Kommission festgelegt. **Die AVMSD überlässt dies den Mitgliedstaaten.** In **Deutschland** sind **bestimmte öffentlich-rechtliche Angebote** gesetzlich privilegiert; **private Angebote** werden nach § 84 Abs. 5 Medienstaatsvertrag durch die **Landesmedienanstalten**, im Antragsverfahren durch die **Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK)**, für jeweils drei Jahre bestimmt und veröffentlicht.

Damit entscheidet **nicht der Plattformbetreiber** allein, **welche Medien auf Benutzeroberflächen besonders leicht auffindbar sind**, sondern der **Gesetzgeber** bzw. bei privaten Angeboten die **Medienaufsicht** anhand gesetzlicher Kriterien.

### **Die Europäische Kommission will Influencer „unterstützen“**

Der Text des European Democracy Shield besagt, dass **Influencer** eine wachsende Rolle in **Online-Wahlkampagnen** spielen und die **Europäische Kommission ein freiwilliges Netzwerk von Influencern „unterstützen“ will.** Dieses freiwillige Netzwerk von Influencern soll auf dem **EU Influencer Legal Hub** aufbauen.

Der **EU Influencer Legal Hub** ist – soweit aus dem European-Democracy-Shield-Dokument ersichtlich – ein **rechtlicher Informations- bzw. Orientierungsknotenpunkt für Influencer/Content Creators.**

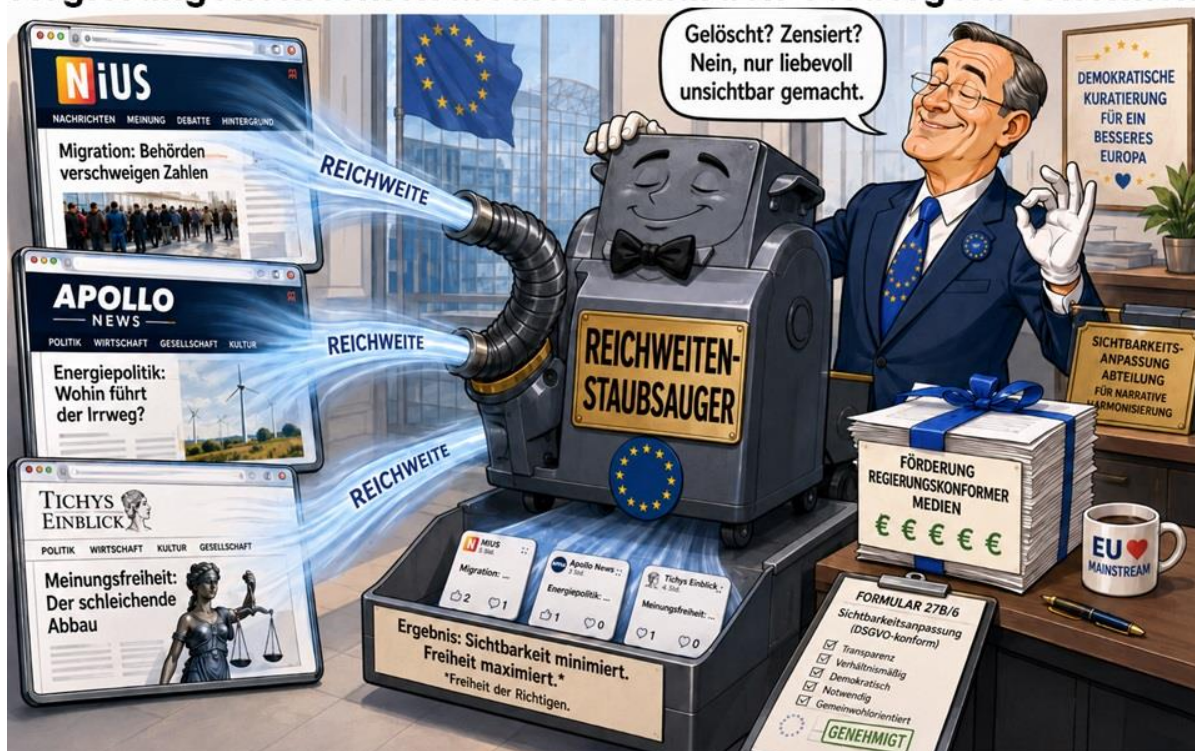
Aufbauend auf diesem **EU Influencer Legal Hub** will die Europäische Kommission das freiwillige **Influencer-Netzwerk „unterstützen“**, um **Influencer über einschlägige EU-Regeln aufzuklären** und **Beiträge von Influencern zur digitalen Medienkompetenz zu „unterstützen“.** Welche Regeln gemeint sind, nennt die Fußnote beispielhaft: **EU-Verordnung über politische Werbung, EU-Digital Services Act, EU-AI Act, European Media Freedom Act usw.**



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urte. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urte. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urte. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

„Prominenz von Diensten von allgemeinem Interesse“ klingt technisch. Übersetzt heißt es: **Der Staat will mitbestimmen, welche Angebote in den Empfehlungslisten und auf den Startseiten der Plattformen nach oben gebracht und dem Bürger gezeigt werden.** Wer den „Public Value“-Stempel bekommt – etablierte, oft öffentlich-rechtliche Anbieter –, gewinnt große Reichweite. Wer den Staats-Stempel nicht bekommt, verschwindet aus dem besten Sichtfeld des Bürgers. Es ist eine Rangordnung der Sichtbarkeit, vergeben nach staatlich definierten Kriterien. Und dass nun auch unabhängige **Influencer und Einzeljournalisten** – die Spitze der neuen, plattformbasierten Öffentlichkeit – reguliert und beeinflusst werden sollen, trifft genau jene, die der etablierten Medienordnung Konkurrenz machen.

## Das Vorhaben der Europäischen Kommission: Regierungskritische Medien unsichtbar machen – Regierungskonformen Medien Milliarden Steuergeld schenken



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urte. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urte. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urte. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

### „Desinformation demonetarisieren“

Auch der freiwillige *Verhaltenskodex gegen Desinformation* verfolgt das Ziel, angebliche „Desinformation zu demonetarisieren“ – ihr also die Werbeeinnahmen zu entziehen. In Kombination mit den neuen Werberegeln der AVMD-Reform entsteht ein finanzieller Hebel: Inhalte, die als scheinbare „Desinformation“ eingestuft werden, sollen sich nicht mehr lohnen. Für unabhängige, werbefinanzierte Stimmen kann es den wirtschaftlichen Ruin bedeuten – ganz ohne ein einziges Verbot. **Das ist der Kern der modernen „weichen“ Steuerung der beabsichtigten „Pressefreiheit“: Man verbietet nichts. Man entzieht Reichweite und Geld, so dass der Bürger kritische Anbieter nicht mehr wahrnimmt und die Anbieter regierungskritischer Meinungen und Informationen in den Ruin gebracht werden können.**

## 6. Der Orwell-Test: Wie nah ist „1984“ – und wie nah ist „Animal Farm“?

George Orwell hat die Zukunfts-Dystopie „1984“ beschrieben, ein Horrorszenario der Unfreiheit von Bürgern.

**1. Das Wahrheitsministerium (Miniwahr).** In 1984 heißt die Behörde, die Informationen kontrolliert, „Ministerium für Wahrheit“. Ihr Auftrag: festlegen, was wahr ist, und Abweichendes tilgen.

Die *Funktion* des „**Europäischen Zentrums für demokratische Resilienz**“, das am 24. Februar 2026 seine Arbeit aufgenommen hat, ist ähnlich – Bedrohungen „antizipieren, aufdecken, darauf reagieren“ und dabei auch **innerstaatliche „Desinformation“ erfassen – verbunden mit einem „Archiv der Faktenprüfungen“** (Quelle: Bundesrats-Drucksache 797/25, S. 10: <https://dserver.bundestag.de/brd/2025/0797-25.pdf>) – dies ähnelt der Idee einer **zentralen Instanz für den autorisierten Wissensstand der Wahrheit**. Orwell hätte den Namen „**Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz**“ sofort als das „Neusprech“ erkannt, was er literarisch beschrieb.

**2. Neusprech (Newspeak).** Orwells zweite Erfindung: Wörter werden in ihr Gegenteil verkehrt, bis die abweichende Idee unausdrückbar wird. „Krieg ist Frieden. Freiheit ist Sklaverei.“

Die Europäische Kommission liebt offensichtlich sprachliche Verkehrungen:

- „**Schutzschild für die Demokratie**“ bezeichnet ein Programm, das die Pressefreiheit und die Meinungsfreiheit einschränkt. Legale regierungskritische Meinungsäußerungen sollen in den sozialen Netzwerken weniger verbreitet werden.
- „**Resilienz**“ – ursprünglich ein psychologischer Begriff für Widerstandskraft – bezeichnet die Widerstandsfähigkeit des Regierungs-Apparats gegen Kritik.
- „**Unabhängige Medien**“ sollen künftig stärker staatlich mit Steuergeldern finanziert werden, so dass sie abhängig werden.
- „**Zivilgesellschaft**“ bezeichnet teilweise staatlich finanzierte Organisationen.
- „**Faktenchecker**“ können Plattformen auf aus ihrer Sicht falsche oder irreführende Tatsachenbehauptungen hinweisen. Je nach Plattformregeln kann dies zu Kennzeichnungen, Reichweitenreduktion, Demonetarisierung oder auch Entfernung führen. **Das ist aus demokratischer Sicht abzulehnen, da strittige politische Behauptungen oder regierungskritische Positionen falsch als Desinformation bezeichnet und behandelt werden können.**
- „**Desinformation**“ bezeichnet (angeblich) manipulative, irreführende oder täuschende Inhalte. Dazu können falsch auch Meinungen gezählt werden, die völlig legal und richtig sind, aber nicht der herrschenden Meinung entsprechen.



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urte. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urte. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urte. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

**3. Die Auslöschung der Vergangenheit / das Archiv.** In der Horrervision 1984 arbeitet der Protagonist Winston Smith daran, Zeitungsarchive umzuschreiben, damit die Partei stets Recht behält. Ein zentrales, kuratiertes „**Archiv der Wahrheit**“, gespeist von staatlich finanzierten Prüfern, ist die freundliche Variante derselben Idee: nicht das Tilgen des Falschen, sondern das Beglaubigen des Erwünschten.

Das Gedächtnisloch: Heute werden keine Zeitungsarchive verbrannt. Aber regierungskritische Inhalte können in ihrer öffentlichen Relevanz verschwinden, wenn sie demonetarisieren, herabgestuft, entwertet, vorübergehend blockiert oder aus Reichweitenkanälen gedrängt werden. Nicht das nackte Vorhandensein eines Textes ist im Internet entscheidend, sondern seine Sichtbarkeit.



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urte. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urte. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urte. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

**4. Der innere Feind.** Orwells Ozeanien braucht den ewigen Volksfeind Goldstein und die täglichen „Zwei Minuten Hass“. Die Verschiebung durch den European Democracy Shield – hinsichtlich des **Drucks „von innen“** und das **Misstrauen der Bürger als „Herausforderung“** – schafft die strukturelle Voraussetzung dafür, **innere Kritiker als Bedrohung einzustufen**.

**5. Dauerkrise als Normalzustand:** Orwell zeigt, wie Ausnahmezustände Herrschaft stabilisieren. Der European Democracy Shield arbeitet mit der Sprache permanenter Bedrohung durch hybride Angriffe, Desinformation, Deepfakes und externe Infiltration. Wenn Krise zum angeblichen Dauerzustand wird, werden auch restriktive Eingriffe gegen Medien in Sichtbarkeit und Kommunikation leichter zum Dauerrecht.

**Wo die Analogie ehrlich endet.** Orwells Staat herrscht durch Terror, Folter und Mord. Die Europäische Union tut das nicht. Hier gibt es höchstens Geldstrafen und Gefängnisstrafen, wenn man einen Politiker beleidigt. Oder jahrelange Haftstrafen und Berufsverbote, wenn man als Arzt zu viele Atteste gegen Impfungen oder Masken ausstellt. Jeder Vergleich, der eine Ähnlichkeit zwischen „1984“ und der derzeitigen Situation suggeriert, ist Unsinn. Der erschreckende Punkt ist ein *anderer*,

subtilerer: Orwell beschrieb die brachiale Horrorversion. Was in der Europäischen Union entsteht, ist die **sanfte, bürokratische, mit Steuergeld gut finanzierte Version** desselben Grundgedankens: **eine zentrale Instanz definiert, welche Informationen „vertrauenswürdig“ und wahr sind.** Und die sanfte Version ist gerade deshalb so gefährlich, weil sie nicht im Mantel der Unterdrückung auftritt. Stattdessen nutzt sie als Verkleidung das Kostüm der Fürsorge.

**6. Das „Animal Farm“-Prinzip für Medien:** In Orwells berühmten Buch „**Animal Farm**“ gilt der berühmte Satz, *alle Tiere seien gleich, „aber einige sind gleicher als andere“.* Genau das ist die Logik der „*Prominenz von Diensten von allgemeinem Interesse*“: Formal sind alle Medien frei und gleich. In den Algorithmen aber sind einige – die mit dem richtigen Stempel – gleicher als andere.

„Alle Medien sind gleich, aber manche sind gleicher.“ Der EMFA verspricht Schutz für alle, baut aber für angeblich „unabhängige“ Mediendienste besondere Schutzmechanismen gegen Plattformen ein. **Wer als angeblich legitimer, unabhängiger Akteur gilt, wird durch ein institutionelles Anerkennungsverfahren entschieden: Wenn ein Medienanbieter als „schützenswert“ im Sinne der besonderen EMFA-Schutzmechanismen gegenüber sehr großen Online-Plattformen behandelt werden will, muss er ein formalisiertes Selbsterklärungs- und Anerkennungsverfahren durchlaufen. Dabei erklärt der Anbieter unter anderem seine redaktionelle Unabhängigkeit sowie die Einbindung in regulatorische, ko-regulatorische oder selbstregulatorische Standards; die Plattform kann diese Erklärung akzeptieren oder zurückweisen und bei Zweifeln nationale Aufsichts- oder Selbstregulierungsstellen einbeziehen.**

Die „geschützten“ Medienanbieter werden dadurch in bestimmten Plattformverfahren besser gestellt als andere Medienanbieter. Damit entsteht eine abgestufte Ordnung der Medienfreiheit: **Bestimmte Medien erhalten institutionell abgesicherte Vorteile gegenüber anderen.**

**Gute Absichten sind kein Schutz vor Missbrauch durch die nächste Regierung, die diese Werkzeuge erbt.** Genau deshalb misst man Macht an ihrem Missbrauchspotenzial, nicht an den Beteuerungen ihrer Erbauer.

---

## 7. Fazit

In einer freien Gesellschaft ist die Wahrheit kein staatlicher Besitz. Sie ist das Ergebnis eines offenen, manchmal hässlichen Ringens vieler Stimmen. Jede Instanz, die dieses Ringen mit Hilfe der Löschungen legaler Meinungen,

steuergeldfinanzierten Fördertöpfen für regierungskonforme Medien, Plattformregeln, Algorithmus-Beeinflussung zur Reduktion der Reichweite kritischer Medien und mit einem staatlichen Siegel „vertrauenswürdig“ für regierungskonforme Medien steuert – und sei es mit den freundlichsten Begriffen –, geht Schritt für Schritt in Richtung der Horrervision „1984“ von George Orwell.



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Unter dem Banner des Freiheitsschutzes entsteht eine neue europäische Infrastruktur zur Manipulation der öffentlichen Meinung – und damit zwangsläufig auch zur Beeinflussung der Wahlen.

Orwells Bücher „1984“ und „Animal Farm“ helfen, die Logik eines Unterdrückungssystems zu erkennen, bevor es seine extremste Form erreicht. Wehret den Anfängen! Lassen Sie uns friedlich für die Erhaltung der Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit und der Demokratie kämpfen, so lange es noch nicht zu spät ist.

## Zusätzliche Quellen

- **THE FOREIGN CENSORSHIP THREAT: HOW THE EUROPEAN UNION'S DIGITAL SERVICES ACT COMPELS GLOBAL CENSORSHIP AND INFRINGES ON AMERICAN FREE SPEECH – Interim Staff Report of the Committee on the Judiciary of the U.S. House of Representatives, July 25, 2025:** [https://judiciary.house.gov/sites/evo-subsites/republicans-judiciary.house.gov/files/2025-07/DSA\\_Report%26Appendix%2807.25.25%29.pdf](https://judiciary.house.gov/sites/evo-subsites/republicans-judiciary.house.gov/files/2025-07/DSA_Report%26Appendix%2807.25.25%29.pdf)
- **THE FOREIGN CENSORSHIP THREAT, PART II: EUROPE'S DECADE-LONG CAMPAIGN TO CENSOR THE GLOBAL INTERNET AND HOW IT HARMS AMERICAN SPEECH IN THE UNITED STATES – Interim Staff Report of the Committee on the Judiciary of the U.S. House of Representatives; February 3, 2026:** <https://judiciary.house.gov/sites/evo-subsites/republicans-judiciary.house.gov/files/2026-02/THE-FOREIGN-CENSORSHIP-THREAT-PART-II-2-3-26.pdf>

### EU:

- European Democracy Shield – Dokumentenportal der Kommission: [https://commission.europa.eu/publications/european-democracy-shield-documents\\_en](https://commission.europa.eu/publications/european-democracy-shield-documents_en)
- ECDR nimmt Arbeit auf (24.02.2026): [https://enlargement.ec.europa.eu/news/new-european-centre-democratic-resilience-starts-its-work-2026-02-24\\_en](https://enlargement.ec.europa.eu/news/new-european-centre-democratic-resilience-starts-its-work-2026-02-24_en)
- AgoraEU – Ratsposition (12.05.2026): <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/05/12/agoraeu-council-agrees-partial-mandate-on-new-programme-to-support-culture-media-and-democratic-values/>
- Art. 22 DSA (Trusted Flaggers): [https://www.eu-digital-services-act.com/Digital\\_Services\\_Act\\_Article\\_22.html](https://www.eu-digital-services-act.com/Digital_Services_Act_Article_22.html)
- Deutscher Bundestag, Unterabteilung Europa, Fachbereich Europa: Ausarbeitung - Fragen zur Auslegung von Art. 22 Digital Services Act: <https://www.bundestag.de/resource/blob/1053350/EU-6-055-24-pdf.pdf>

### Parlament / Thinktanks / Recht:

- EP „Legislative Train“ zum EDS: <https://www.europarl.europa.eu/legislative-train/package-european-democracy-action-plan/file-european-democracy-shield>
- EPRS-Übersicht: <https://epthinktank.eu/2026/01/15/the-european-democracy-shield-an-overview/>
- AgoraEU im „Legislative Train“: <https://www.europarl.europa.eu/legislative-train/spotlight-MFF%202028-2034/file-agoraeu>
- Jacques Delors Centre (Kritik): <https://www.delorscentre.eu/en/publications/detail/publication/the-european-democracy-shield-papering-over-the-cracks>

- TEPSA-Analyse zum ECDR: <https://tepsa.eu/analysis/the-european-centre-for-democratic-resilience-a-new-battleground-of-democracy-in-the-eu/>
- ARTICLE 19 / MFRR zum ECDR: <https://www.article19.org/resources/eu-european-centre-for-democratic-resilience-and-its-key-mission/>
- Internet Policy Review zu Trusted Flaggers: <https://policyreview.info/articles/analysis/article-22-digital-services-act>

### **Steuergeld für Journalisten:**

- Journalism Funders Forum (3,2-Mrd-Analyse): <https://journalismfundersforum.com/the-e3-2-billion-proposal-how-the-eu-plans-to-support-journalism/>

### **Unwahre Aussagen des teilweise staatlich finanzierten „Correctiv“:**

- LG Berlin untersagt drei Aussagen (nicht rechtskräftig, März 2026): <https://www.berlin.de/gerichte/presse/pressemitteilungen-der-ordentlichen-gerichtsbarkeit/2026/pressemitteilung.1653487.php>

### **NIUS:**

- EU-Wahrheitsbehörde: Von der Leyens massiver Angriff auf freie Medien | NIUS Live: <https://www.youtube.com/watch?v=oCrmXVEWehQ>
- Wie die EU mit dem „Democracy Shield“ den Generalangriff auf die neuen Medien plant: <https://nius.de/analyse/eu-democracy-shield-generalangriff-medien>

### **Weitere Quellen zum European Democracy Shield:**

- European Democracy Shield: A Threat to Free Speech and Democratic Accountability: <https://www.heritage.org/global-politics/report/european-democracy-shield-threat-free-speech-and-democratic-accountability>
- The EU's new censorship machine – The Democracy Shield will police speech: <https://unherd.com/2025/11/the-eus-new-censorship-machine/>
- The EU's 'Democracy Shield' Is Really a Censorship Operating System: <https://europeanconservative.com/articles/news/the-eus-democracy-shield-is-really-a-censorship-operating-system/>
- The EU's empire of censorship – The EU's empire of censorship: <https://www.spiked-online.com/2024/05/27/the-eus-empire-of-censorship/>
- <https://www.europarl.europa.eu/committees/en/euds/about>
- <https://www.europarl.europa.eu/committees/en/euds/home/members>
- <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex%3A32022R2065>
- [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/new-push-european-democracy/protecting-democracy/european-media-freedom-act\\_en](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/new-push-european-democracy/protecting-democracy/european-media-freedom-act_en)
- <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240308IPR19014/medienfreiheitsgesetz-mehr-schutz-fur-journalisten-und-pressefreiheit-in-der-eu>
- [https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaisches-gesetz-zur-medienfreiheit-stichtag-fur-die-anwendung-2025-08-08\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaisches-gesetz-zur-medienfreiheit-stichtag-fur-die-anwendung-2025-08-08_de)

- [https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/20240927\\_DSC\\_TrustedFlagger.html](https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/20240927_DSC_TrustedFlagger.html)
- <https://www.reuters.com/business/media-telecom/eu-looks-big-tech-influencers-fight-hybrid-threats-fake-news-2025-11-12/>
- <https://www.reuters.com/legal/litigation/eu-wants-enlist-online-platforms-fight-hybrid-threats-eu-document-shows-2025-10-30/>
- <https://www.ft.com/content/533059d7-3149-4b47-a0e3-28e92bc9d158>
- <https://www.theguardian.com/world/2025/nov/07/eu-plans-centre-for-democratic-resilience-to-fight-online-disinformation>
- <https://futurefreespeech.org/wp-content/uploads/2025/05/EU-Democracy-Shield-Response.pdf>
- <https://www.accessnow.org/eu-abandons-human-rights/>
- Shielding or Suppressing Democracy? The EU's Expanding Role in Electoral and Informational Governance: <https://china-cee.eu/2026/04/27/czech-republic-monthly-briefing-shielding-or-suppressing-democracy-the-eus-expanding-role-in-electoral-and-informational-governance/>
- EU: Mit Zensur und Notstand „wieder in den Krisenmodus“: [https://www.achgut.com/artikel/eu\\_mit\\_zensur\\_und\\_notstand\\_wieder\\_in\\_den\\_krisenmodus](https://www.achgut.com/artikel/eu_mit_zensur_und_notstand_wieder_in_den_krisenmodus)
- ZENSURSULA REAL – Brüssels tiefer Eingriff in die Informationsfreiheit: <https://www.tichyseinblick.de/wirtschaft/bruessels-eingriff-in-die-informationsfreiheit/>
- Noch Demokratie oder schon Bevormundung? – 8,6 Milliarden Euro für „EU-Werte“: Von der Leyens Propaganda-Pläne mit „NGOs“, Medien und Kultur: <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-essentials/eu-von-der-leyen-propaganda-medien-kultur/>

#### **Weitere Quellen zum Digital Services Act:**

- Open Letter to Thierry Breton on The DSA's Threats to Free Speech: <https://www.rstreet.org/outreach/open-letter-to-thierry-breton-on-the-dsas-threats-to-free-speech/>
- <https://www.fcc.gov/sites/default/files/Chairman-Letter-to-Big-Tech-on-Digital-Services-Act.pdf>
- The EU's Secret Assault on Your Free Speech: <https://www.wsj.com/opinion/the-eus-secret-assault-on-your-free-speech-9208af90>
- Europe Tries to Export Censorship to America: <https://www.wsj.com/opinion/europe-tries-to-export-censorship-to-america-7a7b1fa4>
- Digital Services Act – So gefährdet die EU die Meinungsfreiheit: <https://www.welt.de/debatte/article699d8291d2efdf1bd0d30a72/digital-services-act-so-gefaehrdet-die-eu-die-meinungsfreiheit.html>
- Five Reasons to be Skeptical About the DSA: <https://verfassungsblog.de/power-dsa-dma-04/>
- VDZ und BDZV: Digital Services Act gegen Pressefreiheit auf digitalen Plattformmonopolen: Was offline legal ist, soll online gesperrt werden: EU-Parlament lehnt Schutz rechtmäßiger Presseinhalte gegen Sperrung durch

Facebook & Co. ab: <https://www.mvfp.de/nachricht/artikel/vdz-und-bdzv-digital-services-act-gegen-pressefreiheit-auf-digitalen-plattformmonopolen>

- When the Digital Services Act Goes Global:  
[https://scholarship.law.georgetown.edu/cgi/viewcontent.cgi?params=/context/facpub/article/3566/&path\\_info=When the DSA Goes Global final Berkeley Tech.pdf](https://scholarship.law.georgetown.edu/cgi/viewcontent.cgi?params=/context/facpub/article/3566/&path_info=When%20the%20DSA%20Goes%20Global%20final%20Berkeley%20Tech.pdf)
- The Digital Services Act and the Freedom of Expression in the European Union: A Political Perspective:  
[https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=4887181](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4887181)
- Digital Services Act – Ein Aufruf zur Denunziation:  
<https://www.cicero.de/innenpolitik/digital-services-act-eu-aufruf-zur-denunziation>
- Is the EU's Digital Services Act Compliant with The Right to Freedom of Expression?: <https://ohrh.law.ox.ac.uk/is-the-eus-digital-services-act-compliant-with-the-right-to-freedom-of-expression/>
- Kritik am Digital Services Act – Die Meinungsfreiheit stirbt hinter schönen Fassaden: <https://www.cicero.de/kultur/-der-digital-services-act-im-licht-der-verfassung>

Stand: 14.06.2026.

**BITTE KOPIEREN UND VERBREITEN:**

Dieser Text und die Satire-Abbildungen stehen – soweit keine Rechte Dritter betroffen sind – unter der Public-Domain-Widmung CC0 1.0. Das bedeutet: Die Nutzung ist nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich erwünscht.

**Sie dürfen den Inhalt oder die gesamte Datei ohne Rückfrage kopieren, teilen, abdrucken, veröffentlichen, übersetzen und weiterverbreiten, auch zu kommerziellen Zwecken.**

Je häufiger dieser Text weitergegeben wird – in sozialen Medien, auf Webseiten, in Zeitungen, Zeitschriften oder Newslettern – desto besser für die **Förderung der Diskussion über die Meinungsfreiheit** in Deutschland und der Europäischen Union.

Rechte Dritter (z. B. Marken-, Zitat-, Persönlichkeitsrechte) bleiben unberührt.

## In dieser Reihe sind bereits folgende Artikel erschienen:

Nr.	Titel	Link
1	Erlaubte Meinung: Wir lehnen Zensurwünsche ab! Die Pressefreiheit gilt vollständig – auch für neue Medien wie NIUS, Apollo News und andere. Und: Warum ein Social-Media-Verbot bis 16 und eine Ausweis-Klarnamenpflicht völlig falsch wären	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/6e29b9d9-70b3-432c-bb37-1ddd8e07ddad/Erlaubte-Meinung_-Wir-lehnen-Zensurwuensche-ab.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/6e29b9d9-70b3-432c-bb37-1ddd8e07ddad/Erlaubte-Meinung_-Wir-lehnen-Zensurwuensche-ab.pdf</a>
2	Erlaubte Meinung: Die Meinungsfreiheit wird in der Europäischen Union unterdrückt	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/7aeba1bb-cf31-40c6-88e5-6b59972f2c03/Erlaubte-Meinung_-Die-Meinungsfreiheit-wird-in-der-Europaeischen-Union-unterdrueckt.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/7aeba1bb-cf31-40c6-88e5-6b59972f2c03/Erlaubte-Meinung_-Die-Meinungsfreiheit-wird-in-der-Europaeischen-Union-unterdrueckt.pdf</a>
3	Erlaubte Meinung: Die Meinungsfreiheit und Abstimmungsfreiheit von Bundestagsabgeordneten sind reduziert	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/a354d1a7-f7cf-4318-8170-5b6754f39e0d/Erlaubte-Meinung_-Die-Meinungsfreiheit-und-Abstimmungsfreiheit-von-Bundestagsabgeordneten.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/a354d1a7-f7cf-4318-8170-5b6754f39e0d/Erlaubte-Meinung_-Die-Meinungsfreiheit-und-Abstimmungsfreiheit-von-Bundestagsabgeordneten.pdf</a>
4	Erlaubte Meinung: Die Ergebnisse der Enquete-Kommission 'Corona' sind erschreckend!	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/17eb6e6b-bf22-4b68-9def-eb189e0dfbd0/Erlaubte-Meinung_-Die-Ergebnisse-der-Enquete-Kommission-Corona-sind-erschreckend-NEU.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/17eb6e6b-bf22-4b68-9def-eb189e0dfbd0/Erlaubte-Meinung_-Die-Ergebnisse-der-Enquete-Kommission-Corona-sind-erschreckend-NEU.pdf</a>
5	Erlaubte Meinung: Die Nachweispflicht nach dem Masernschutzgesetz – Der Staat bestraft die Kinder	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/625ea518-4065-4c42-9b9c-371415918061/Erlaubte-Meinung_-Die-Nachweispflicht-nach-dem-Masernschutzgesetz-%E2%80%93-Der-Staat-bestraft-die-Kinder.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/625ea518-4065-4c42-9b9c-371415918061/Erlaubte-Meinung_-Die-Nachweispflicht-nach-dem-Masernschutzgesetz-%E2%80%93-Der-Staat-bestraft-die-Kinder.pdf</a>
6	Erlaubte Meinung: § 188 StGB muss abgeschafft werden!	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/3aff9348-902b-48dd-9282-d62c2af12912/Erlaubte-Meinung_-%C2%A7%E2%80%AF188-StGB-muss-abgeschafft-werden.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/3aff9348-902b-48dd-9282-d62c2af12912/Erlaubte-Meinung_-%C2%A7%E2%80%AF188-StGB-muss-abgeschafft-werden.pdf</a>
7	Erlaubte Meinung: Es darf keine einzige Hausdurchsuchung mehr stattfinden, wenn die Hausdurchsuchung eine schlimmere Bestrafung darstellt als das mögliche Gerichtsurteil	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/dae3c964-3d1d-4d78-83a9-6dd8f9f2e1a8/Erlaubte-Meinung_-Es-darf-keine-einzig-Hausdurchsuchung_1.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/dae3c964-3d1d-4d78-83a9-6dd8f9f2e1a8/Erlaubte-Meinung_-Es-darf-keine-einzig-Hausdurchsuchung_1.pdf</a>
8	Erlaubte Meinung: Der Satz „Im Zweifel für den Angeklagten“ muss in Gerichtsverfahren ein hohes Gewicht erhalten	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/2e751cf1-9d2b-4797-8c37-d34675513718/Erlaubte-Meinung_-Der-Satz-Im-Zweifel-fuer-den-Angeklagten.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/2e751cf1-9d2b-4797-8c37-d34675513718/Erlaubte-Meinung_-Der-Satz-Im-Zweifel-fuer-den-Angeklagten.pdf</a>

Nr.	Titel	Link
9	Erlaubte Meinung: Verschwörungstheoretiker ist ein ideologischer Kampfbegriff, den niemand verwenden sollte	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/77b4f7f9-fdaf-4fda-b971-8ed4710277dd/Erlaubte-Meinung_-Verswoerungstheoretiker-ist-ein-ideologischer-Kampfbegriff.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/77b4f7f9-fdaf-4fda-b971-8ed4710277dd/Erlaubte-Meinung_-Verswoerungstheoretiker-ist-ein-ideologischer-Kampfbegriff.pdf</a>
10	Erlaubte Meinung: Du finanzierst den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Aber wer schützt dort die Meinungsfreiheit?	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/9284555c-b6a3-4d78-b44c-79a19a1fd4d4/Erlaubte-Meinung_-Du-finanzierst-den-oeffentlich-rechtlichen-Rundfunk.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/9284555c-b6a3-4d78-b44c-79a19a1fd4d4/Erlaubte-Meinung_-Du-finanzierst-den-oeffentlich-rechtlichen-Rundfunk.pdf</a>
11	Erlaubte Meinung: Die Übersterblichkeit wurde zum größten Teil durch die Impfungen verursacht – Neue Studie findet Zusammenhang mit Impfungen	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/8e672853-cbbe-44ab-83bb-75aa29473ed8/Erlaubte-Meinung-Die-Uebersterblichkeit-wurde-zum-groessten-Teil-durch-die-Impfungen-verursacht.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/8e672853-cbbe-44ab-83bb-75aa29473ed8/Erlaubte-Meinung-Die-Uebersterblichkeit-wurde-zum-groessten-Teil-durch-die-Impfungen-verursacht.pdf</a>
12	Erlaubte Meinung: Meinungsfreiheit ist ein wichtiger Innovationsfaktor!	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/bd7b981f-60b4-4535-b571-adf9397a85ca/Erlaubte-Meinung_-Meinungsfreiheit-ist-ein-wichtiger-Innovationsfaktor.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/bd7b981f-60b4-4535-b571-adf9397a85ca/Erlaubte-Meinung_-Meinungsfreiheit-ist-ein-wichtiger-Innovationsfaktor.pdf</a>
13	Erlaubte Meinung: Bundes-Gesundheitsminister Lauterbach und die erstaunliche Stabilität seiner Fehleinschätzungen	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/1a31cd8b-971b-4aa3-b0b9-6af839ae312d/Erlaubte-Meinung_-Bundesgesundheitsminister-Lauterbach-und-die-erstaunliche-Stabilitaet-seiner-Fehler.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/1a31cd8b-971b-4aa3-b0b9-6af839ae312d/Erlaubte-Meinung_-Bundesgesundheitsminister-Lauterbach-und-die-erstaunliche-Stabilitaet-seiner-Fehler.pdf</a>
14	Erlaubte Meinung: Der Gesundheitsminister der USA, Robert F. Kennedy, hat Recht!	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/5dd1728f-41b8-4e35-aa7a-5aed097be3c0/Erlaubte-Meinung_-Der-Gesundheitsminister-der-USA-Robert-F-Kennedy-hat-Recht.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/5dd1728f-41b8-4e35-aa7a-5aed097be3c0/Erlaubte-Meinung_-Der-Gesundheitsminister-der-USA-Robert-F-Kennedy-hat-Recht.pdf</a>
15	Erlaubte Meinung: Die politische Werbefreiheit im Internet auf dem Scheiterhaufen – Der Gesetzentwurf	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/a23f602c-748e-47e2-884e-6fcc35a88c83/Erlaubte-Meinung_-Die-politische-Werbefreiheit-im-Internet-auf-dem-Scheiterhaufen.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/a23f602c-748e-47e2-884e-6fcc35a88c83/Erlaubte-Meinung_-Die-politische-Werbefreiheit-im-Internet-auf-dem-Scheiterhaufen.pdf</a>
16	Erlaubte Meinung: Justizministerin Marion Gentges und der Leiter der Staatsanwaltschaft Stuttgart, Dr. Joachim Dittrich, müssen zurücktreten	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/bf5959a4-144b-4b4d-bac0-534225fc5a58/Erlaubte-Meinung_-Justizministerin-Marion-Gentges-und-der-Leiter-der-Staatsanwaltschaft-Stuttgart.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/bf5959a4-144b-4b4d-bac0-534225fc5a58/Erlaubte-Meinung_-Justizministerin-Marion-Gentges-und-der-Leiter-der-Staatsanwaltschaft-Stuttgart.pdf</a>
17	Erlaubte Meinung: Justizskandal in Baden-Württemberg – Michael Ballweg im Gefängnis	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/a989f2cf-91be-4567-92dd-cadd26e25cec/Erlaubte-Meinung_-Justizskandal-in-Baden-Wuerttemberg-%E2%80%93-Michael-Ballweg-im-Gefaengnis.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/a989f2cf-91be-4567-92dd-cadd26e25cec/Erlaubte-Meinung_-Justizskandal-in-Baden-Wuerttemberg-%E2%80%93-Michael-Ballweg-im-Gefaengnis.pdf</a>

<b>Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Link</b>
18	Erlaubte Meinung: Warum viele Impfpfopfer ihren Schaden als „Long Covid“ tarnen	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/5db45a5d-9968-4f36-a9ab-3330c1d80aa2/Erlaubte-Meinung_-Warum-viele-Impfpfopfer-ihren-Schaden-als-Long-Covid-tarnen.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/5db45a5d-9968-4f36-a9ab-3330c1d80aa2/Erlaubte-Meinung_-Warum-viele-Impfpfopfer-ihren-Schaden-als-Long-Covid-tarnen.pdf</a>
19	Erlaubte Meinung: Warum die Brandmauer gegen die AfD unsinnig ist!	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/bde09497-267b-402a-b04c-0c8d64548e99/Erlaubte-Meinung_-Warum-die-Brandmauer-unsinnig-ist.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/bde09497-267b-402a-b04c-0c8d64548e99/Erlaubte-Meinung_-Warum-die-Brandmauer-unsinnig-ist.pdf</a>
20	Erlaubte Meinung: Es war eine koordinierte Propaganda-Kampagne der HateAid gGmbH, einer Vorfeld-Organisation der Grünen	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/9dd62554-d0f0-4d47-947a-41574bd33111/Erlaubte-Meinung_-Es-war-eine-koordinierte-Propaganda-Kampagne.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/9dd62554-d0f0-4d47-947a-41574bd33111/Erlaubte-Meinung_-Es-war-eine-koordinierte-Propaganda-Kampagne.pdf</a>
21	Erlaubte Meinung: Das Bundesjustizministerium hat gelogen	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/aa8c12cb-c46f-4fd9-802d-ef21699edc3c/Erlaubte-Meinung-Das-Bundesjustizministerium-hat-gelogen.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/aa8c12cb-c46f-4fd9-802d-ef21699edc3c/Erlaubte-Meinung-Das-Bundesjustizministerium-hat-gelogen.pdf</a>
22	Erlaubte Meinung: Gesinnungsprüfung beim Hauskauf? Was im BauGB-Entwurf steht – und warum es verfassungswidrig ist	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/eae3c25-0eb0-428d-a6fd-bc014b17c315/Erlaubte-Meinung_-Gesinnungspruefung-beim-Hauskauf-final_1.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/eae3c25-0eb0-428d-a6fd-bc014b17c315/Erlaubte-Meinung_-Gesinnungspruefung-beim-Hauskauf-final_1.pdf</a>
23	Erlaubte Meinung: Der große Vergleich Deutschland/Schweden – Wer kam besser durch die Covid19-Pandemie und woran lag das?	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/63ea5e4c-3fdd-4ea3-96f0-331862e8f04d/Erlaubte-Meinung_-Vergleich-Deutschland-Schweden-final.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/63ea5e4c-3fdd-4ea3-96f0-331862e8f04d/Erlaubte-Meinung_-Vergleich-Deutschland-Schweden-final.pdf</a>
24	Erlaubte Meinung: Kritik an der staatlichen Finanzierung politisch agierender NGOs	<a href="https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/f9486c0f-cfcd-407b-9cbb-04a1923df7d0/Erlaubte-Meinung_-Kritik-an-der-staatlichen-Finanzierung-politisch-agierender-NGOs.pdf">https://freiheit-in-deutschland.de/wp-content/uploads/go-x/u/f9486c0f-cfcd-407b-9cbb-04a1923df7d0/Erlaubte-Meinung_-Kritik-an-der-staatlichen-Finanzierung-politisch-agierender-NGOs.pdf</a>

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/> | Stand: 14. Juni 2026

Weitere Artikel folgen.